

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503

Fax: 0431 / 988 - 1501

Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 172.10 / 25.03.2010

Studiengebühren sind und bleiben unsozial

Zu den Forderungen der Jungen Union Schleswig-Holstein, die Landes-CDU möge Studiengebühren in Erwägung ziehen, erklärt der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Rasmus Andresen**:

Die Diskussion um Studiengebühren kommt zur Unzeit. Aktuelle Zahlen aus NRW belegen, dass junge Menschen durch die Studiengebühren von der Aufnahme eines Studiums abgehalten werden. In Schleswig-Holstein würde die Studierendenzahl sinken, stattdessen müssten 10.000 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden.

Die Hochschulen des Landes brauchen trotz angespannter Haushaltssituation wesentlich mehr finanzielle Mittel. Diese aber durch Studiengebühren erzielen zu wollen, zeugt von einem elitären und rückständigen Politikverständnis.

Es ist allerdings interessant, dass nicht Wissenschaftsminister de Jager die Forderung nach Studiengebühren auf den Tisch bringt, sondern die Jugendorganisation der CDU. Die Junge Union lässt sich einspannen für die unsoziale Politik der CDU und muss sich fragen lassen, ob sie überhaupt noch die Interessen von jungen Menschen vertritt.

Wir Grüne wollen über 70 Millionen Euro mehr in die Hochschule investieren und ein sozial ausgewogenes Bafög-System. Den Wissenschaftsminister fordern wir auf, klar Stellung zu beziehen, ob die ablehnende Haltung zu Studiengebühren aus dem Koalitionsvertrag weiter gilt oder nicht.
